

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl.  
des „Fluſtr. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unseren Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Inſertionspreis: die  
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im  
amtlichen Teile die gespaltene  
Zeile 30 Pf.

Fernsprecher Nr. 210.

Nr. 81.

Dienstag, den 13. Juli

1909.

**Diphtherie-Serum** mit der Kontrollnummer 190 (geschrieben: einhundertundneunzig)  
aus der Merck'schen Fabrik in Darmstadt ist wegen Abſchwächung zur **Eingiehung** be-  
stimmt worden.  
Dresden, den 8. Juli 1909.

Ministerium des Innern.

### Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

findet **Freitag, den 30. Juli 1909, von vormittags 1/2 12 Uhr** an im  
Sitzungszimmer des **Hotels Ratskeller zu Schwarzenberg** statt.

**Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,**  
den 7. Juli 1909.

### Bitte!

Der Verein zur Förderung der evangelischen Liebeswerke in Eibenstock, Schön-  
heide, Stübengrün, Hundshübel, Sosa und Carlsfeld wird mit Geneh-  
migung des Königl. Ministeriums des Innern, bez. der Königl. Amtshauptmannschaft Schwarzen-  
berg und des Stadtrates zu Eibenstock auch in diesem Jahre, und zwar in den nächsten Tagen, eine  
Hausammlung für die Zwecke der **äußeren und inneren Mission, der Gustav-Adolf-  
Stiftung** und der **Sächs. Hauptbibelgesellschaft** veranstalten.

Der Vereinsvorstand bittet herzlich um wohlwollende Förderung der Sammlung durch  
Gaben der Barmherzigkeit.

**Der Vorstand des Vereins zur Förderung der evang. Liebeswerke.**  
Gebauer, Pfarrec.

### Holzversteigerung auf Eibenstocker Staatsforstrevier.

Im **Hotel „Stadt Leipzig“ in Eibenstock.**  
Dienstag, den 20. Juli 1909, von vormittags 9 Uhr an

2,5 rm h., 312,5 rm w.	Brennschütte, 0,5 rm h., 442 rm w.	Brennküppel,
3,5 rm h., 242,5 rm w.	Aeste,	
von nachmittags 1 Uhr an		
21 w. Stämme 11-15 cm Stärke,	8 w. Stämme 16-20 cm Stärke,	
355	23-36	17 h. Aester 7-15
9 h. Aester 16-48	13618 w.	7-15
5880 w.	16-22	2466
		23-50
	13,5 rm w. Aestküllpfe,	

in den Abt. 1-79 (Schlag- und Bruchhölzer).

Besondere Verzeichnisse dieser Hölzer werden auf Verlangen von der unterzeichneten  
Revierverwaltung abgegeben.  
Eibenstock, am 10. Juli 1909.

Königl. Forstrevierverwaltung.

Königl. Forstrentamt.

### Reichstagschluss.

Der Reichstag tritt am morgigen Dienstag die große  
Sommerpause an, um sich erst im Spätherbst wieder zur  
Fortsetzung seiner Beratungen in Berlin zusammenzu-  
finden. Es sind ja gerade im abgelaufenen Sessions-  
abschnitt zahlreiche Gesetzesvorlagen in den Kommissi-  
onen zwar mehr oder weniger weit gefördert, aber  
durch das Plenum nicht verabschiedet worden. Dieses  
hat vielmehr, nachdem der Etat kurz vor dem Osterfeste  
erledigt worden war, wiederholt in seinen Verhand-  
lungen Kunstpausen eintreten lassen, um der Finanz-  
kommission Raum für die Vorberatung der großen  
Reformvorlage zu gewähren.

Bis um die Zukunfte ist eine Reichstagsession  
nur ganz ausnahmsweise einmal ausgedehnt worden;  
selbst in der neueren Periode der langen Sessionen  
pflegte doch kurz vor Pfingsten der Schluss oder, wie das  
nun auch schon seit Jahr und Tag unvermeidliche Mode-  
sache geworden ist, die Vertagung der Session zu er-  
folgen. Und noch seltener und rühmlicher ist die Prä-  
senz, die das Haus während der Finanzreform-Debat-  
ten Tag für Tag aufwies. Während die Entscheidung  
über den Posttarif am 13. Dezember 1902 mit 202  
gegen 100 Stimmen erfolgte, im ganzen also 302 Abge-  
ordnete anwesend waren, ergaben die maßgebenden  
Abstimmungen über die Reichsfinanzreform die durch-  
schnittliche Anwesenheit von 360 bis 370 Abgeordneten.  
Mag zu dieser einfach beispiellosen Präsenz immerhin  
die Gewährung von Tagelohn etwas beitragen, die  
1902 bekanntlich noch nicht gezahlt wurden, so kann doch  
niemand dem Reichstage die Anerkennung versagen,  
daß er während des verflochtenen Sessionsabschnitts  
außerordentlich fleißig gearbeitet hat.

Entspricht diesem Fleiß der Preis? Die Antwor-  
ten auf diese Frage lauten verschieden. Es gibt nieman-  
den im deutschen Vaterlande, der nicht die dringende  
Notwendigkeit der Finanznot des Reiches abzuhelfen,  
anerkennt. Und das Reich kann jetzt wieder aufatmen;  
es sind ihm die Mittel zu seiner finanziellen Sanierung  
zur Verfügung gestellt. Da es sich um die gewaltige  
Summe von 500 Millionen jährlicher Mehreinnahmen  
handelt, so erfordert es die Gerechtigkeit, die Leistung  
anzuerkennen, der die verbündeten Regierungen die  
Befreiung von den drückenden Geldsorgen zu danken  
haben. Aber dieser Erfolg wurde mit dem Sturze  
des vierten Reichskanzlers erkauft! Wusste das sein?  
Fürst Bülow selbst soll gesagt haben, die Entwidlung  
hätte einen andern Ausgang nehmen können, wenn die  
konservative Reichstagsfraktion es gewollt hätte. Und  
darüber kann wohl kein Zweifel bestehen: Würde eine  
Volks-Abstimmung vorgenommen, sie würde mit der  
Annahme der Regierungsvorlage, insonderheit der Erb-  
anfallsteuer geendigt haben. Gegen diese Steuer, für  
die Fürst Bülow sich persönlich eingesetzt hatte, bestehen  
im Lande nicht solche Bedenken, wie sie von der neuen  
Mehrheit in der entscheidenden Abstimmung am Jo-  
hannistage befundet wurden. Die überwiegende Mehr-  
heit des deutschen Volkes hätte dem Fürsten Bülow  
nicht fallen lassen, wie sich übrigens auch aus der Tat-  
sache ergibt, daß hinter den Reichstagsabgeordneten,  
die gegen die Erbanfallsteuer stimmten, nur rund 4  
Millionen, hinter denen aber, die für diese Vorlage ein-  
traten, rund 7 Millionen Wähler stehen.

Das letzte Wort über die neuen Steuervorlagen  
wird sich erst sprechen lassen, wenn deren Wirkungen  
erprobt sind, wozu mindestens der Zeitraum eines  
Jahres und noch mehr erforderlich ist. Denn auch hier  
gilt das Wort: „An ihren Früchten werdet ihr sie  
erkennen“.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Kaiser wurde heute  
Montag in Berlin erwartet zwecks Erledigung wichtiger  
politischer Geschäfte. Mitte dieser Woche soll der An-  
tritt der Nordlandreise erfolgen.

— Zur Krise. Da der Reichstag bereits am  
Dienstag mit seinen Arbeiten fertig wird und die große  
Sommerpause antritt, so erfolgt auch der offizielle Kan-  
zlerwechsel etwas früher, als bisher angenommen wer-  
den konnte. Am Donnerstag oder Freitag dieser Woche  
tritt der Kaiser bereits seine Nordlandreise an; bis  
dahin ist also die Krise in jedem Falle erledigt. Der  
neue Kanzler wird, wie die „Deutsche Tagesztg.“ zu-  
verlässig hört, am Mittwoch, spätestens am Donner-  
stag die Amtsgeschäfte übernehmen.

— Ueber die Stellung des Fürsten von  
Bülow zur Finanzreform gibt eine halbamt-  
liche Auslassung nachträglich nochmals Aufschluß. Es  
wird festgestellt, daß es nicht das Rein der konservativen  
Partei in der Erbanfallsteuerfrage allein ist, was dem  
Fürsten das Verbleiben unmöglich machte, es ist die  
durch diese Abstimmung besiegelte fundamentale Um-  
wälzung in den Mehrheitsverhältnissen des Reichstags.  
Für den Reichstanzler mußte, nach seiner politischen  
Vergangenheit, eine Mehrheit unannehmbar sein, in  
der das Zentrum den Ausschlag gibt. Von einer sol-  
chen Mehrheit hat der Fürst sich und das Reich bekannt-  
lich durch die Reichstagsauflösung 1906 befreit und un-  
möglich konnte er sich dieselbe Mehrheit jetzt wieder  
aufzwingen lassen, das verbot ihm sowohl seine politi-  
sche Ueberzeugung wie seine persönliche Ehre. Die  
Konservativen haben gewußt, daß sie den Kanzler durch  
ihre Haltung in der Erbanfallsteuervorlage zu Falle  
bringen würden, denn bereits im April d. Js. hat  
der Fürst den Führern der Konservativen auf das nach-  
drücklichste erklärt, daß er zurücktreten werde, wenn sie  
bei ihrer ablehnenden Haltung beharren und dadurch  
eine für ihn unannehmbare politische Konstellation her-  
beiführen würden. Die Konservativen durften durch  
den Rücktritt nicht überrascht sein. Sie durften von  
einem ehrliebenden Staatsmann nicht denken: er hat  
zwar gesagt, er geht; aber er geht doch nicht. —  
Soweit die halbamtliche Auslassung. Im Anschluß  
an ihre letzte interessante Feststellung, daß die Kon-  
servativen bereits im April über das Kommende unter-  
richtet waren, erklärt die „Voss. Ztg.“: „Die Konser-  
vativen — und zu ihnen gehört der Bund der Land-  
wirte — werden nicht mehr zu behaupten wagen, daß  
ihnen der Rücktritt des Fürsten Bülow überraschend ge-  
kommen sei und daß sie den Reichskanzler mit Bedauern  
scheiden sehen.“

— Der Abgeordnete Freiherr Heyl zu Herrns-  
heim hat der national-liberalen Reichstags-  
fraktion am 9. Juli seinen Austritt angezeigt.

— Die Spionage in Deutschland. Das  
Reichsgericht bezw. die Reichsanwaltschaft hat in der

gegenwärtigen Zeit wieder reichlich Arbeit mit den  
Spionen, die des Gelderwerbs wegen mehr oder minder  
wichtige Geheimnisse an die fremden Mächte ausliefern.  
Daß in erster Linie hier Frankreich in Frage kommt,  
nimmt nicht weiter wunder, ebensowenig, daß die Lan-  
desverräter sich fast ausschließlich aus Rheinländern  
und Elsaßern zusammensetzen. Viele dieser erforsen  
Menschen sind der Behörde seit Jahren bekannt, nie-  
mals aber sind sie, obwohl wiederholt die Untersuchung  
über sie verhängt werden konnte, vor den Strafrichter  
zu bringen. Eine Anzahl haben sich auch der Fest-  
nahme durch die Flucht entzogen. Bessert z. B. beher-  
bergt zahlreiche deutsche Staatsangehörige, von denen  
nach dem Urteile eines bekannten Kriminalisten wenig-  
stens der zehnte Teil solche Leute sind, die früher oder  
gegenwärtig noch Hand in Hand mit den französischen  
Nachrichtensbüros gingen oder gehen. Ebenso ist Bas-  
sel ein Nest für Spione. In Basel war es z. B. dem  
deutschen Polizeiamt gelungen, die erste Spur von  
dem Verbrecher des vor etwa zwei Jahren abgeurteil-  
ten Spions Schiawarra zu finden. Die Polizeiamtanten  
rekrutieren sich aus Angehörigen der verschiedensten  
Berufe; in der Mehrzahl sind es naturgemäß Steuer-  
und Postbeamte, die ihre Tätigkeit ohne Entschädigung  
leisten. Gegenwärtig befinden sich etwa ein halbes  
Duzend Leute wegen Spionage in Haft. Dreien davon  
wird sehr wahrscheinlich noch in diesem Jahre der Pro-  
zeß gemacht werden. Die Hauptleiter der Spionage  
aber leben nach wie vor innerhalb der deutschen Gren-  
zen unbelannt und ungehorsam zum Unheil manches  
leichtfertigen oder in Not geratenen Deutschen, den  
sie zum Verrat an seinem Vaterlande verführen.

— Von der Marine. In Kiel lief der Turbinen-  
kreuzer „Augsburg“ glatt vom Stapel. Die Taufrede  
hielt Oberbürgermeister Wolfram-Augsburg. Bei dem  
Schiff tritt gegen die bisher im Dienst befindlichen  
kleinen Kreuzer eine Verstärkung der artilleristischen  
Ausrüstung ein. — In den höheren Kommandostellen  
der Marine werden nach einer Meldung der „Voss.  
Ztg.“ wichtige Veränderungen vor sich gehen. Prinz  
Heinrich wird nach Schluß der Herbstmanöver von dem  
Kommando als Chef der Hochseeflotte zurücktreten.  
Vizeadmiral von Holtendorff soll zu seinem Nachfolger  
bestimmt sein. Die Admirale von Fische und Graf von  
Baudissin werden gleichfalls ihre Stellen wechseln.  
Graf von Baudissin wird Chef der Marinestation der  
Nordsee, während der bisherige Stationschef Admiral  
von Fische zum Chef des Admiralstabes bestimmt ist.

— Das Höchstkaliber der Schiffsge-  
schütze. Deutschland ist mit dem Höchstkaliber seiner  
Schiffsgeschütze hinter dem der Flotten anderer Groß-  
mächte zurückgeblieben, es begnügte sich bisher mit  
280 Millimeter, während die Geschütze ausländischer  
Flotten ein Höchstkaliber von 305 Millimeter erreichen.  
In Amerika sind jedoch bereits Versuche mit einem Ge-  
schütz von 340 Millimetern für die Küstendefendigung  
vorgenommen worden, ja, man geht mit dem Gedanken  
um, für die Riespanzerfahrer ein Kaliber von 356  
Mm. zu adoptieren. In England will man über ein  
Kaliber von 343 Mm. nicht hinausgehen, ebenso wie  
Österreich und Rußland am 305 Mm.-Kaliber fest-  
halten. Mit der Größe des Kalibers ist noch nicht  
die unbedingte Ueberlegenheit eines Geschützes über  
ein kleinkalibriges bewiesen. Der Wert eines Geschützes